

# Geschlossen gegen den Antisemitismus

## Kompromisslose Bundestagsdebatte

In einer einstimmig verabschiedeten Erklärung hat der Deutsche Bundestag am 11. Dezember 2003 dazu aufgerufen, Antisemitismus in jeglicher Form entschlossen zu bekämpfen. „Antisemitisches Denken, Reden und Handeln haben keinen Platz in Deutschland“, heißt es darin. Der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung verlange das Engagement jedes einzelnen Bürgers.

Vorangegangen war eine Debatte, in der sich Redner aller im Parlament vertretenen Parteien klar und entschieden von sämtlichen Erscheinungsweisen des Antisemitismus distanzieren. Anlass von Aussprache und Erklärung waren die Äußerungen des inzwischen aus der CDU/CSU-Fraktion ausgeschlossenen Abgeordneten Martin Hohmann, auf den in den Redebeiträgen jedoch kaum eingegangen wurde.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse verwies zwar darauf, dass Hohmanns Rede am 3. Oktober im hessischen Neuhaus „bestürzende Abstrusitäten eines einzelnen Abgeordneten“ offenbart habe, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass antisemitische Ressentiments bis auf den heutigen Tag in der Mitte der Gesellschaft eine fatale Wirkung entwickelten, die „bis hinein in dieses hohe Haus“ reichten. Aber nicht nur Ressentiments, „sondern sogar gewalttätige Angriffe gegen Juden in Deutschland“ seien „traurige Tagesordnung“. Thierse nannte als Beispiele Brandanschläge auf deutsche Synagogen, Schändungen jüdischer Friedhöfe und Übergriffe auf Menschen jüdischen Glaubens. Es gehe darum, künftigen Generationen nicht nur von der Würde des Menschen, sondern auch von ihrer Verletzlichkeit zu berichten.

Norbert Lammert (CDU/CSU-Fraktion) unterstrich, dass Antisemitismus, wo immer er auftrete, nicht akzeptabel sei, „in Deutschland ist er unerträglich“. „Die Erinnerung an das Geschehene ist Teil unserer nationalen Identität“, betonte der Redner, der dazu aufrief, beim Kampf gegen rassistische Vorurteile auf Parteipolitik zu verzichten. Für das Bündnis 90/ Die Grünen hob Volker

Beck hervor, dass die einstimmig verabschiedete Erklärung „ein wichtiges Signal“ sei. Das Parlament könne als Gesetzgeber tätig werden und mit einem Antidiskriminierungsgesetz ein Zeichen setzen, das auch Diskriminierung aufgrund der Religion verbiete. Der FDP-Abgeordnete Markus Löning bezeichnete die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus als einen „Kampf für die Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft“.

Sebastian Edathy (SPD) kritisierte, dass die CDU/CSU-Fraktion nicht schnell genug auf die Äußerungen Martin Hohmanns reagiert und dass sich Norbert Lammert in seiner Rede nicht zu dem Vorgang geäußert habe. Claudia Roth sprach von einem „völlig geschlossenen, antisemitischen Gedankengang“ und von einem antijüdischem Weltbild in der Rede des fraktionslosen Abgeordneten. Wolfgang Bötsch gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass die große Mehrheit der Deutschen „alle Formen von Antisemitismus ablehnt, über Anschläge auf jüdische Friedhöfe empört ist und tiefe Trauer über den dabei zum Ausdruck kommenden Verfall von Sitte und Moral empfindet“. Christoph Hartmann (FDP) hob hervor, wie wichtig es sei, dass sich der Bundestag für die OSZE-Antisemitismuskonferenz im kommenden Jahr in Berlin einsetzt. „Meine Generation hat den Holocaust nicht erlebt. Sie hatte und hat allerdings die Gelegenheit, mit Zeitzeugen zu leben, nachzufragen, zu verstehen, zu lernen“. Auf die europäische Dimension antisemitischer Tendenzen verwies Gert Weisskirchen (SPD) und nannte in diesem Zusammenhang die Studie von David Harris vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats in Washington. Der europäischen Demokratie, in der die deutsche geborgen sei, komme größte Bedeutung zu. Versöhnung zu schaffen sei nicht nur Aufgabe von Politikern, sondern aller Menschen in Deutschland, forderte Reinhard Grindel (CDU/CSU). Petra Pau (fraktionslos) brachte Beispiele für antisemitische Gewalt im deutschen Alltag. Detlev Lücke